

Die "Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Geselle". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 35,- Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Ostpreußen, Danzig, das Saar- und Rheinlandgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60,- Mk., für das übrige Ausland 87,- Mk.

Die eingepflichtete Konparatabelle oder deren Raum kostet 18,- Mk., einschließlich Interzenturen. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Interzenturen. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,- Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2,- Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: 153 90-153 90

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Pessimismus in Genua

Flucht in die Dunkelkammer

Sonderbericht des "Intel"

Genua, 12. Mai

Die Ansichten, auf der Konferenz zu einer abschließenden Lösung des russischen Problems zu gelangen, werden auf allen Seiten durchaus pessimistisch beurteilt. Zwar sind Italien und England entschlossen, auf Grund der russischen Antwort die Verhandlungen mit der Sowjetregierung weiterzuführen, doch gewinnt es mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit, daß die Verhandlungen aus dem großen, dauernd mehr oder weniger verhandlungsfreundlichen Einflüssen ausgesetzten Forum der Konferenz, dessen Essenzlichkeit vielfach zur Betonung des Prestige- und Propagandaaspektes führt, in einen hinter verschlossenen Türen tagenden Ausschuss verlegt werden. Der russische Vorschlag, die Beratungen in eine Kommission zu verlegen, wird also höchstwahrscheinlich in der einen oder anderen Form Berücksichtigung finden.

Ebenso fest wie zur Fortführung der Verhandlungen mit Rußland sind Lloyd George und Schanzer jedoch dazu entschlossen, alles zu versuchen, eine Weiterführung der Konferenz in Genua zu ermöglichen. Beide sind bemüht, die weiteren Verhandlungen auf den Garantiepakt zu konzentrieren. Ob ihre Anstrengungen von Erfolg gekrönt sein werden, hängt in erster Linie wieder von der Haltung Frankreichs und Belgiens ab. Die französische Delegation beobachtet auch weiterhin Zurückhaltung und erwartet entsprechende Instruktionen aus Paris, die bis zur Stunde noch nicht eingetroffen zu sein scheinen.

Aufgegebene Hoffnungen

Sonderbericht des "Intel"

Genua, 12. Mai

Der russische Delegierte Borowski äußerte sich heute gegenüber dem Sonderberichterstatter des "Intel":

„Wir haben in unserer Antwortnote ausdrücklich betont, daß wir mit unserem Vorschlag, die schwierigen, zwischen Rußland und den anderen Mächten schwebenden Finanzfragen auszuweisen und einer besonderen Kommission zu überweisen, dahin zu wirken hoffen, daß die Konferenz ihre Arbeiten, noch zu erledigenden Arbeiten desto leichter behandeln könne. In diesem Sinne wurde unser Vorschlag auch von der englischen und der italienischen Delegation aufgefaßt. In unseren Augen bedeutet eine Verlagerung der speziellen Fragen und ihre Überweisung an ein besonderes Komitee keineswegs eine Verlagerung der Konferenz — ganz im Gegenteil! Nichtsdestoweniger dürfen wir uns nicht darüber täuschen, daß sich gewisse Mächte einer Weiterführung der Konferenz in der von uns vorgeschlagenen Form widersetzen und zu einem Abbruch der Konferenz drängen werden. Ich glaube nicht mehr an einen Erfolg der Konferenz, auch nicht daran, daß wir zu einem allgemeinen Übereinkommen mit den auf der Konferenz vertretenen Mächten gelangen werden. Der Bankrott der Konferenz wäre aber ebenso zum Schaden Rußlands wie zum Schaden ganz Europas. Was uns jedoch betrifft, so steht uns in diesem Falle immer noch der Weg zu Sonderverhandlungen mit den einzelnen Staaten offen.“

Schanzer über die russische Antwort

Sonderbericht des "Intel"

Genua, 12. Mai

Der italienische Außenminister Schanzer stattete heute dem Hauptquartier der Journalisten einen Besuch ab. Nach einem kurzen Dankeswort für die Guldigungen, die ihm bei seinem Erscheinen zuteil wurden, und die er nicht für seine Person, sondern für Italien spendet wissen wollte, beleuchtete Schanzer die gegenwärtige durch die russische Antwortnote geschaffene Lage. Er erklärte zunächst, er könne es nicht verhehlen, daß die italienische Delegation eine Antwort erwartet hätte, die sich von der tatsächlichen Antwort der Note wesentlich unterschiede. Er habe alles versucht, die Russen zu bewegen, die Antwort auf das Memorandum der Alliierten in anderem Sinne abzufassen. Die Russen wollen jedoch an dem Prinzip der Nationalisierung festhalten und hoffen, daß sich die ausländischen Kapitalisten trotz des damit verbundenen Risikos nicht abhalten lassen werden, Kapitalien in Rußland zu investieren. Es sei wohl möglich, daß die Russen auch auf diese Weise Kapital erhalten, sie werden es aber teuer bezahlen müssen, da die Kapitalisten auch ihr Risiko mit veranschlagen werden.

Dann ging Schanzer näher auf die russische Antwortnote ein: „Der erste Teil, der der größte ist, hat am wenigsten

die Zustimmung der italienischen Delegation gefunden. Dieser erste Teil sei eher eine Propagandaschrift als eine Note, was sehr zu bedauern sei, da sich nunmehr die Notwendigkeit ergebe, auf die im ersten Teil erhobenen Anschuldigungen zu antworten.

Der zweite Teil sei kürzer und wichtiger als der erste; er sei geeignet, eine Diskussionsbasis zu bilden. Es sei vor allem erfreulich, daß dieser Teil von verständlichem Geiste getragen sei. Es sei schwer, jetzt schon vorauszusagen, wie die Antwort der Alliierten auf dieses Memorandum ausfallen werde, da noch keine diesbezüglichen Besprechungen zwischen ihnen stattgefunden haben. Am wesentlichsten müsse aber die Erklärung der russischen Delegation erscheinen, daß Rußland tätigen Anteil an der Wiederherstellung des Friedens in Europa nehmen wolle.

Schanzer sieht den bisherigen Erfolg der Konferenz von Genua darin, daß es gelungen sei, Sieger und Besiegte zu gemeinsamen Beratungen zu vereinen und auch Rußland in Verhandlungen mit europäischen Staaten zu bringen. Nach diesem Erfolge aber sei es die wichtigste Aufgabe der Konferenz, ihre Arbeiten fortzusetzen, um zur Wiederherstellung des Friedens zu gelangen.

Keine Kommissionsitzungen

Genua, den 12. Mai

Die für heute in Aussicht genommene Sitzung der Unterkommission der ersten Kommission zur Prüfung der russischen Antwort ist auf morgen vormittag 11 Uhr verschoben worden.

Beratungen bei Lloyd George

Genua, 12. Mai

Der holländische Minister des Neuhern von Karnebeck, der Schweizerische Delegierte Motta und der Führer der rumänischen Delegation Pratiانو waren heute bei Lloyd George zum Frühstück geladen. Später kamen noch Stirmunt, Kintschlich, der Schwedische und der japanische Delegierte zu Lloyd George. In einer mehrstündigen Besprechung wurden die russische Frage und die britische Auffassung bezüglich der Zukunft der Konferenz erörtert.

Sembats Urteil

(Anteil) Paris, 12. Mai

Die Mehrzahl der französischen Blätter nimmt zu der russischen Antwortnote, deren Text sie, mit Ausnahme der „Humanité“, nur auszusprechen und auch da nur in geringem Umfang, veröffentlicht, eine ablehnende Haltung ein. Nur der Schluss der russischen Note, der vorschlägt, die finanziellen Fragen einer gemischten Kommission zur Erledigung zu übertragen, findet bei einigen Blättern Anklang.

Marcel Sembat weist im „Populaire“ auf die Gefahr eines Bruches mit der ganzen Welt hin, vor den Frankreich durch die Hartnäckigkeit seiner Regierung gestellt werde. Der Lloyd George zugeschriebene Gedanke einer großen deutsch-englisch-russischen Entente zum Wiederaufbau Europas verdiene ernst genommen zu werden, wenn man eine allgemeine Isolierung Frankreichs vermeiden wolle. Man müsse alle stützlichen Kräfte der Menschheit gegen alle Kräfte der Tyrannie und der Gewalt zusammenschließen.

Arbeiter-Ausperrung in Siebenbürgen

Bukarest, 12. Mai. (WFB.) Wegen der Frage der Annahme des Kollektivarbeitsvertrages ist es in der siebenbürgischen Industrie zu einer Ausperrung der Arbeiter gekommen.

Fortgang der Kriegsbeschuldigten-Prozesse

Leipzig, 12. Mai. (WFB.) Das Reichsgericht hat auf den 28. Juni für die Fortführung der Kriegsbeschuldigtenprozesse Termin anberaumt. Das erste Verfahren richtet sich gegen den Arzt Dr. Michelson aus Berlin, der auf Grund der französischen Auslieferungsliste der Gefangenenmishandlung verdächtig erscheint. Dr. Michelson soll als leitender Arzt des Lazarettes in Esfry und anderer Lazarette französische Gefangene mishandelt haben. Außer mehreren deutschen Zeugen sind zu dem anberaumten Termin 14 französische Zeugen geladen. Die Verhandlungen werden einige Tage dauern.

Der bairische Verkehrsbeamtenverein hat sich in seiner in München abgehaltenen Tagung gegen eine Entkaufung der Reichspost und der Reichseisenbahn ausgesprochen.

Die russische Antwortnote

Die Antwortnote der russischen Sowjetregierung, deren Inhalt wir gestern kurz mitteilten, ist von enormem Umfang. Im Wortlaut wiedergegeben, würde sie etwa zwei Druckseiten unseres Blattes umfassen. Schon Raumgründe würden uns zwingen, von dem wörtlichen Abdruck abzusehen. Es liegt aber auch rein sachlich kein Anlaß dazu vor. Die Note ist fast ausschließlich polemischen Charakters, enthält zahlreiche Einwände gegen das Memorandum der Entente. Den schon im Laufe der Vorbereitungen von uns mitgeteilten Einwendungen sind wesentliche nicht hinzugefügt. Bestimmte Vorschläge werden von der Sowjetregierung auch nicht gemacht, sondern empfohlen, alles nähere weiteren Verhandlungen zu überweisen. Die Sowjetregierung stellt anheim, zur Lösung der finanziellen Streitfragen in Genua einen gemischten Sachverständigenausschuss einzusetzen, dessen Arbeiten zu einer Zeit und an einem Ort beginnen würden, der durch gemeinsames Abkommen zu bestimmen wäre.

Die russische Note wendet sich dagegen, daß laut Memorandum der Entente von Rußland verlangt wird, „auf seinem Hoheitsgebiet jeden Versuch zur Unterstützung revolutionärer Bewegungen in anderen Ländern zu unterdrücken.“ Wörtlich sagt die Antwortnote:

„Wenn aber das Memorandum mit dieser Formel die Tätigkeit der politischen Parteien oder der Arbeiterorganisationen zu unterdrücken beabsichtigt, kann die russische Delegation dieses Verbot nicht dulden, es sei denn, daß die staatliche Möglichkeit mit den Landesgesetzen im Widerspruch steht. Mit derselben Klausel verlangt das Memorandum von Rußland, „es solle sich jeder Handlung enthalten, die den politischen oder territorialen Status aus in anderen Staaten stören könnte.“ Die russische Delegation erachtet diesen Vorschlag für einen verschleierten Versuch, Rußland dazu zu bringen, die mit anderen Staaten abgeschlossenen Verträge anzuerkennen. Insbesondere ist dies eine politische Frage, welche Rußland im gegebenen Augenblick mit den in Frage kommenden Mächten zu besprechen bereit ist.“

Die künstlich in das Memorandum hineingebrachte Frage der Beziehungen zwischen Rumänien und Rußland könne nicht getrennt von dem gesamten Komplex der zwischen Rumänien und Rußland strittigen Fragen behandelt werden. Ueberrascht sei die russische Delegation, daß im Memorandum die Frage des Friedens in Kleinasien aufgeworfen werde, um so mehr, als Rußland vorgeschlagen habe, die Türkei nach Genua einzuladen. Ihre Anwesenheit würde besonders zur Wiederherstellung des Friedens beigetragen haben.

Gegen das Verlangen auf Anerkennung der ausländischen Schulden Rußlands wendet sich die Antwort mit dem Hinweis, daß weder der französische Konvent zur Zeit der großen französischen Revolution noch die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Verträge ihrer Vorgänger anerkannten, der französische Konvent am 22. September 1792 sogar ausdrücklich erklärte, daß „die Souveränität der Völker nicht gebunden ist durch die Verträge der Tyrannen“. Ebenso wenig könne man die russische Sowjetregierung verpflichten, „irgendeine Verantwortlichkeit gegenüber auswärtigen Mächten und ihren Staatsangehörigen bezüglich der Annulierung der öffentlichen Schulden und der Nationalisierung des Privateigentums zu übernehmen.“ Auch in der Frage der Verantwortlichkeit für Schäden an Gütern, Rechten und Interessen fremder Staatsangehöriger infolge des Bürgerkriegs spräche die juristische Doktrin zugunsten der russischen Regierung, soweit die Schäden nicht durch Handlungen der Regierung (Annulierung der Schulden und Nationalisierung des Eigentums) herbeigeführt worden sind. Auch die zaristische Regierung habe die Wünsche der ausländischen Staatsangehörigen auf Rückzahlung der durch die Revolution 1905-1906 entstandenen Schäden mit der Begründung zurückgewiesen, sie könne, da sie ihren eigenen Untertanen in gleichen Fällen keinen Schadenerfolg gewährt habe, den Ausländern keine Vorzugsstellung geben. Die russische Sowjetregierung dagegen habe sich bereit erklärt,

„unter Ausschluß der Kriegsschulden, die einen ganz besonderen Ursprung haben und die durch die Tatsache, daß

Rußland die Beteiligung am Kriege aufgegeben, an der Teilung seiner Gewinne nicht teilgenommen hat und somit seine Kosten nicht übernehmen konnte, erloschen waren, der Zahlung der öffentlichen Schulden zuzustimmen unter der Bedingung, daß die Rußland durch die Intervention und durch die Blockade zugefügten Schäden anerkannt würden.

Rußland sei durch die Invasionen großer Schaden zugefügt. Schon bei Ueberreichung des ersten Memorandums habe die russische Regierung durch Dokumente bewiesen, daß die Leiter der gegenrevolutionären Armeen nur vorgeschoben, und daß ihre wirklichen Befehlshaber ausländische Generale waren, die zu diesem Zwecke besonders durch gewisse Mächte vorgeschoben waren. Diese Mächte hätten nicht nur direkt Anteil am Bürgerkrieg genommen, sondern ihn auch verursacht. Trotzdem habe sich die russische Sowjetregierung bereit erklärt, auf ihre Gegenforderung zu verzichten und die Verpflichtungen der vergangenen Regierung anzuerkennen unter der Bedingung, daß vor allem der russischen Regierung reale Kredite zur Verfügung gestellt werden. Aber von Krediten an die russische Regierung rede das Memorandum überhaupt nicht. Durch die Klausel VII, die die privaten Interessen regeln will, werde die Souveränität des russischen Staates ein Spiel des Zufalls. Sie könne durch die Entschickung eines gemischten Schiedsgerichtshofes, an dem Rußland neben vier ausländischen Vertretern nur mit einem Vertreter beteiligt sei, schwach gemacht werden.

Soweit über die Einwände. Aber die Antwortnote der russischen Regierung macht auch mit vollem Recht darauf aufmerksam, daß alle die Vorverhandlungen und Noten einen Kampf zweier grundverschiedener Eigentumsformen darstellen. Der Teil der Antwortnote, der dies darlegt, drückt das in folgenden, auch bereits in unserer gestrigen kurzen Inhaltsangabe enthaltenen Sätzen prägnant also aus:

„Die politische und die soziale Reaktion, die in den meisten Staaten auf die Kriegszeit folgte, versucht, durch die Niederwerfung Rußlands, das gegenüber individuellen Tendenzen kollektive Tendenzen vertritt, den Triumph des individuellen Kapitalismus durchzusetzen. Die Sowjetdelegation hat sich geweigert und weigert sich noch immer, in die Verhandlungen von Genoa politische Tendenzen hineinzutragen, aber sie muß feststellen, daß die Versuche, auf der Konferenz von Genoa das Programm einer Partei oder eines sozialen Systems triumphieren zu lassen, gegen den Geist von Cannes verstößen. Diese Versuche würden von gewissen Mächten unternommen.“

Das ist sicherlich zutreffend. Wer erinnert sich nicht der flammenden Aeußerungen der Rechtspresse des In- und Auslandes, die sozialistischen Bestrebungen in Rußland mißten und würden sich selbst ausbrennen. In Deutschland ist man heute sehr weit von dieser Ausbrennungstheorie abgekommen. Der deutsch-russische Vertrag und seine Aufnahme in der deutschen Presse zeigen das sehr deutlich. Auch in England und anderen Staaten hat man einsehen müssen, daß man aus eigenem Interesse in Rußland anerkennen muß, was man zu beseitigen nicht die Macht hatte und hat. Andere Länder werden folgen. Selbst in dem Amerika der Milliardenäre, das dem Sozialismus begreiflicherweise noch weit grimmigere Feindschaft geschworen hat, als die durch die Zerrüttung der europäischen Wirtschaft zum Nachdenken gebrachten europäischen Staaten, beginnt man sich eines Besseren zu besinnen.

Rußland hat in der Tat einiges bei den Verhandlungen in die Waage zu werfen. Sind es auch nicht sofort greifbare Milliarden, nach denen das Weltkapital so sehr dürstet, so ist doch die Wiedereingliederung Rußlands in die Weltwirtschaft eine Lebensbedingung auch der anderen Mächte. Die russische Regierung kann zwar nicht verhindern, daß der Kapitalismus sich in Rußland wieder einnistet. Sie muß, da auch das Wohl des russischen Volkes von dem Anschluß an die Weltproduktion abhängt und die alliierten Mächte trotz der eigenen Wirtschaftsnöte eine für Rußland unüberwindliche Macht darstellen, sich zu Konzessionen bereitfinden. Aber sie hat auch die Pflicht, alles daran zu setzen, um zu verhindern, daß das Kapital Rußland wieder uneingeschränkt unter seine Vormächtigkeitsbrillen bringt. Das Proletariat der ganzen Welt bei aller Kritik, die es dem bolschewistischen Regime entgegenbringt, wünscht, daß Rußland mit einem möglichst starken sozialistischen Einschlag in die Weltwirtschaft eintritt, so daß es auch im Kampfe um den Sozialismus eine Machtposition darstellt. Jedes Zugeständnis, das die russische Regierung zu machen gezwungen werden kann, stärkt die ohnehin riesenstarke Machtposition des Kapitals weiter. Aus diesem Grunde ist es auch Pflicht der russischen Regierung, auf möglichste Evidenzzeit bei den Abmachungen zu drängen. In dieser Beziehung ließ das Memorandum der Ententemächte sehr viel zu wünschen übrig. Handelt es sich auch bei allen diesen Fragen um Machtkämpfe, die nicht durch Vertragsparagrafen entschieden werden, so würde doch jede verschwommene oder zu weit geführte Formulierung die Konfliktsmöglichkeiten nur mehr und in gegebenen Situationen den Feinden des Sozialismus das Suchen von Konflikten erleichtern.

Post-Schnüffler

In Wiesberts Reich gehen recht merkwürdige Dinge vor. Wie der „Bormaris“ berichtet, werden männliche und weibliche Post- und Telegraphenbeamte mit Wissen und unter Billigung der Verwaltung befragt, wie sie politisch und gewerkschaftlich organisiert sind. Auf Grund dieser Befragungen wird ein Plan aufgestellt, für wie viele Streikstunden die „gut organisierten“ Beamten zur Verfügung stehen, um im Falle eines Streiks mit Hilfe der Technischen Nothilfe den Postbetrieb aufrechtzuerhalten. Den „gut organisierten“ müssen zweifellos ganz besondere Verpflichtungen gemacht worden sein. Wenigstens machen sich gewisse Postentzueger unter den Beamten sehr unangenehm bemerkbar. Ferner wird mitgeteilt, daß die Schupo 60 Mann im Fernamt für die Technische Nothilfe ausbilden. — Selbstverständlich wirkt diese Schnüffelei sehr un-

günstig auf den Dienstbetrieb. Man darf sich deshalb nicht wundern, wenn der Dienst in Wiesberts Reich weit schlechter läuft als die Beschäftigung der Beamtenschaft. Im übrigen ist die Ausbildung der Schupo für die Technische Nothilfe und für den Streikbrecherdienst im Post- und Telegraphenbetrieb mit auf das Konto der Rechtssozialisten zu setzen. Die Schupo untersteht dem rechtssozialistischen Minister Severing, für die Technische Nothilfe haben neuerdings die Rechtssozialisten abermals die Millionen bewilligt.

Faule Ausreden

Unsere Anprangering der verwerflichen Liebedienerei der deutschen und preussischen „Staatsmänner“ gegenüber Italien bei dem Auslieferungsgeschäft in dem Falle des italienischen Revolutionärs Voltrini gibt der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Anlaß zu einem anscheinend offiziellen Rechtfertigungsversuch für die Haltung der verantwortlichen deutschen Stellen. Das Stinnesblatt und seine Informanten haben aber gründlich daneben gehalten. Denn es wird in dem Artikel zugegeben, daß der deutsch-italienische Auslieferungsvertrag vom 31. Oktober 1871 zwar die Auslieferung wegen Mord vorsieht, aber Artikel 4 besagt, daß seine Bestimmungen auf politische Verbrecher keine Anwendung findet.

Nun wird Voltrini der Beteiligung an einem Bombenattentat in Mailand beschuldigt. Ganz abgesehen davon, daß Voltrini selbst zurzeit des Attentats nicht in Mailand war, können selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und ihre Hintermänner nicht behaupten, daß das Attentat vielleicht gemeinverbrecherischen Motiven entsprungen wäre. Um aehr trotzdem den klaren Wortlaut des Auslieferungsvertrages ins Gegenteil umzudeuten und die Auslieferung Voltrinis, rechtfertigen zu können, konstruieren die Offiziösen, daß das Attentat kein eigentlich politisches Delikt im Sinne des Auslieferungsvertrages gewesen sei, weil die Tat mit der revolutionären Arbeiterbewegung im Jahre 1920 nicht im Zusammenhang stand. Und deshalb wären die juristischen Sachverständigen zu dem Ergebnis gekommen, daß Voltrini auszuliefern sei; der preussische Minister des Innern und der Justiz, der Reichsjustizminister und das Auswärtige Amt seien nach reiflicher Prüfung zu der gleichen Auffassung gekommen.

Dierach erscheint die Auslieferung Voltrinis uns um so verwerflicher. Wenn ein Bombenattentat, das gegen den Polizeipräsidenten gerichtet ist und im engsten Zusammenhang mit den Verfolgungen der italienischen Revolutionäre durch die italienischen Behörden und mit dem Faschistenterror steht, kein politisches Delikt ist, gibt es überhaupt kein politisches Attentat mehr. Eine nichtswürdige Ausrede ist es aber, wenn die Verantwortlichen für die Auslieferung anführen, daß Attentat sei nicht in die Zeit der revolutionären Bewegung Italiens gefallen. Ziel vielleicht der Erzbergermord, fiel die Ermordung Carels in eine revolutionäre Bewegung? Trotzdem werden die Rabbbruch, Severing usw. der Auffassung sein, daß der Mord an Erzberger politischen Motiven entsprang. Und die reaktionären Geheimräte im Auswärtigen Amt, die an der Durchbrechung des Nihilrechts beteiligt sind, würden im Falle der Festnahme der Mörder Erzbergers wahrscheinlich nicht der Meinung sein, daß Tilschen und Schulz wie gemeine Mörder behandelt werden sollen.

Aber im Falle Voltrini handelte es sich um einen Arbeiter und da sind die Rabbbruch und Severing mit den Reaktionsären im Auswärtigen Amt eines Sinnes. Die Schande der Rechtssozialisten und der deutschen Republik kann durch keine offiziellen Ausflüchte ausgeblendet und gemindert werden.

Anspach und seine Helfershelfer

Je mehr sich das Dunkel über der Anspach-Affäre lichtet, desto vorsichtiger muß man sein in der Beurteilung und Bewertung all der „Tatfachen“, die jetzt unvollständig aus allen Ecken und Enden zum Vorschein kommen.

Wenn man gewissen Korrespondenzen und Korrespondenten glauben soll, dann hätte die Entente geradezu einen nicht geringen Teil ihrer Noten an Deutschland auf Anspach-Fällungen gesetzt! Zweifellos ist diese Darstellung stark übertrieben, und es wäre gescheitert, wenn die bürgerliche Presse sich zunächst mehr Reserve auferlegte, da doch das Auswärtige Amt jetzt erst prüft, was an den sich überfließenden Nachrichten über Anspachs Deliantaten wahr und was falsch ist!

Wie es in derartigen Fällen zu geschehen pflegt, wird aus jeder Kleinigkeit alles Mögliche zusammengeliebert. Anspach war zweimal in Paris, und schon erhebt man ihn zum Inspirator der Politik Frankreichs und Polens!

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, hat der liebliche Anabe in letzter Linie weniger Wert auf die Lancierung seiner mehr oder minder geschickt zurechtgemachten „politischen“ Sensationen gelegt als auf die gefälligen Einfuhr-Be-willigungen, die — offenbar in größten Mengen hergestellt — weit mehr Geld brachten als erfundene Protokolle, Geheimberichte, Verzeichnisse, Listen usw.

Jetzt stellt sich auch heraus, daß Anspach — wie ja von vornherein anzunehmen war — „ansehnliche“ Helfershelfer hatte: einen Mann, der als „Dr. Trumpf“ bezeichnet wird, einen preussischen Rittmeister a. D. namens „Müller“, eine Hauptmanns-Gattin, Frau Sacke, und den österreichischen Rittmeister a. D. Lustig, der bereits vor einigen Jahren sehr übel von sich reden machte.

Das „Berliner Tageblatt“ behauptet u. a., Anspach habe bis zum Rapp-Putsch unzerem Blatte „regelmäßig“ Berichte über kommunistische Aufstandspläne und dergl. geliefert. Das stimmt nicht. In jener Zeit brachten gerade die rechtsgerichteten Blätter ständig Nachrichten über kommunistische Pläne, die bevorstehen sollten; denn sie dachten, auf diese Weise am besten ihre eigenen Rappisten-Gelüste verdunkeln zu können. Der „Freiheit“ hat Anspach weder Spitzelberichte geliefert, noch Spitzelberichte über kommunistische Pläne, Waffenlieferungen, Reichswehr-Angelegenheiten geliefert.

Nach dem Rapp-Putsch tauchten in der Presse Nachrichten auf, die besagten, Rappisten hätten mit Leuten von der RNSD. Verhandlungen gepflogen. Hierüber brachte Anspach der „Freiheit“ eines Tages „Dokumente“. Diese wurden geprüf, von einwandfreien Kennern, darunter Kommunisten, für echt gehalten und doraufhin veröffentlicht. Bald aber wurden sie als gefälscht erkannt, und sofort machte die „Freiheit“ dem Mitarbeiter-Verhältnis Anspachs ein Ende.

Merkwürdig ist es übrigens, daß die Schlinge um seinen Hals erst jetzt zugezogen wurde. Seit Jahr und Tag hat er ja allenthalben mit seinen „Heldentaten“ herumgeprallt. Die Polizei muß davon längst gewußt haben; denn er verkehrte viel in recht gut — überwachten Lokalen! Fast sieht es so aus, als sei es doch wohl richtig, was behauptet wird, daß nämlich der vielseitige „Dr. Anspach“ auch der „Sipo“ gebietet habe...

Lustig ist der Resortstreit, der sich zwischen dem Staatskommissar Dr. Weismann und dem Regierungsrat Dr. Weich vom Berliner Polizei-Präsidium angesponnen hat. Jedem der beiden steht die eine oder die andere Korrespondenz zur Verfügung, und es hat sich eine Fehde erhoben, in der es zu beweisen gilt, ob die Wilhelmstraße oder der Alexanderplatz früher aufgestanden ist und sich — wie eine Korrespondenz schreibt — „den“ größeren Verdienst erworben hat.

Niedriger hängen

In der „Roten Fahne“ vom 9. Mai wird Genosse Theodor Dieblnecht als Verteidiger der Mörder seines Bruders bezeichnet. Wir würden der Achtung vor dem Genossen Karl Dieblnecht und seinem ihm ein Menschenleben hindurch in allen Fährnissen aus dem verbundenen Bruder Theodor vor uns selbst und vor der revolutionären Arbeiterschaft etwas vergeben, wenn wir dem selbigen hinter seiner Anonymität sich verteidigenden Ehrenmann der „Roten Fahne“ auch nur mit einem Wort antworten würden. — Gegenüber einer solchen Verkommenheit kann es nur ein Geben: Verachtung.

Bei dieser Gelegenheit sei noch festgestellt, daß die „Rote Fahne“ bis heute nicht den Mut gehabt hat, die zwei Erklärungen, welche die Genossen Dieblnecht und Rosenfeld zur Erwiderung auf die letzten Angriffe der „Roten Fahne“ abgegeben haben, ihren Lesern mitzutellen.

Nochmals Radek

Die „Rote Fahne“ hat offenbar eine schlechte journalistische Bitterung. Sie sucht Hilferding und Friesland mit der Verfälschung unserer gestrigen Notiz über Radek in Verbindung zu bringen, die ihr beide völlig fernstehen. Sachlich weiß das Radek-Organ nichts zu erwidern. Gegenüber dem Genossen Dittmann jagt es:

„Wenn sich übrigens Dittmann, der seinerzeit vor dem Reichsgericht so elend gekniffen hat und der es nicht wagte, dem Beispiel Karl Dieblnechts zu folgen und klar und deutlich den Klassenrichtern als Revolutionär entgegenzutreten, auf eine Kennzeichnung seines damaligen Verhaltens durch den Genossen Radek freut, so kann dem Mann geholfen werden. Genosse Radek wird ihm zweifellos die Freude bereiten, die er erzieht.“

Genosse Dittmann nimmt schmerzhaft von Radeks lächerlicher Abfuhr Notiz, ihn als Kneifer zu entlarven; er hat nur den Wunsch, daß Radek wenigstens diesmal Wort halten möge.

Libussa

Wilhelm II. Ratgeber haben ihm schon manchen Bärenblut erwiesen. Nun ist ihm von irgend jemand geschildert worden, daß der Spötter Sternheim ein Buch „Libussa“ geschrieben hat, das dem November-Deserteur zum Anlaß dienen kann, sich beleidigt zu fühlen und eine Klage anzufrengen.

Wer und was ist Libussa nun eigentlich? Der satirische Verfasser schrieb sozusagen den vierten Band von Bismarcks „Erinnerungen“, und zwar in der Form, als ob Wilhelms II. Feindstück Libussa nach Art des „Klugen Hans“ durch Klopfschellen Kunde über das Treiben des Kaisers gegeben hätte.

Hierbei kommen sehr eigenartige und „interessante“ Seelenstudien zutage, und die Untersuchung endet mit der Feststellung, daß Wilhelm II. alles mögliche war und ist, nur kein Held! Dieser Vorwurf der persönlichen Feigheit hat's ihm nun angetan, und er verlagte den Verfasser und den Herausgeber Pfeifers, in dessen Verlag „Aktion“ Sternheims Buch erschienen ist.

Wilhelms „Gegenbeweis“ wird nicht leicht zu führen sein. Wie man hört, will Er darauf hinaus: er sei beteiligt nicht aus Feigheit desertiert, sondern — die Lesart ist ja alt — nur deshalb, weil er seinem geliebten Deutschland den Bürgerkrieg ersparen wollte!

Der Prozeß wird sehr interessant werden; denn aus der „Libussa“ geht hervor, daß dem Kaiser Freiheit im Zusammenhang mit Geisteskrankheit vorgeworfen wird. Wenn die Beklagten also einen Trupp Sachverständiger aus aller Herren Länder aufmarschieren lassen (nicht nur hervorragende Psychiater, sondern Leute wie Bismarck, Duidde, Wilhelms eigene Eltern und andere hatten schon vor Jahrzehnten gar keinen Zweifel an seiner Geistesverfassung), dann werden wir eine Schöffengerichtsverhandlung bekommen, wie sie denn doch wohl „noch nicht dagewesen“ ist.

Es bleibt jedenfalls dabei: Wilhelms Ratgeber haben ihm einen pferdemäßigen Dienst erwiesen.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Im bevölkerungspolitischen Ausschuss des Reichstages begann am Freitag die Spezialberatung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. § 1, der festsetzt, was als Geschlechtskrankheit aufzufassen ist, wurde ohne Debatte angenommen. Die Abstimmung über § 2 (Behandlungspflicht durch approbierte Aerzte) wurde zurückgestellt. Angenommen wurde ein Zusatzantrag 2a, der Personen, die keinen anderweitigen Anspruch auf ärztliche Behandlung haben und die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Kosten selbst zu tragen, Anspruch auf unentgeltliche ärztliche Behandlung gewährt, wobei diese Behandlung jedoch nicht den Charakter der Armenpflege haben soll. Bei § 3 wurde bestimmt, daß als zuständige Gesundheitsbehörden die Gesundheitsämter, die Wohlfahrtsämter usw., aber nicht postale Behörden zu betrachten sind. Nächste Sitzung Dienstag.

Falsch ist die Nachricht, daß die Erhöhung des Portos für Fernbriefe auf 8 Mark geplant ist.

Verboten auf die Dauer von zwei Wochen wurde die in Obereschlesien erscheinende „Katholische Volkszeitung“. Das Verbot wurde von der Interalliierten Kontrollkommission wegen angeblicher Beleidigung des Reichskontrollrats in Ratibor ausgesprochen.

Genua und die internationale Arbeiterklasse

Funktionärversammlung der USP.

Mit Genua und mit der Frage „Presse und Klassenkampf“ sollte sich die auf Donnerstag abend nach der Brauerei Königstadt einberufene Konferenz der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der USPD, Groß-Berlin beschäftigen, da aber der für den zweiten Gegenstand in Aussicht genommene Referent, Genosse Dittmann, am Erscheinung verhindert war, ward dieser Punkt von der Tagesordnung abgelesen, um in allerhöchster Zeit vor dem gleichen Forum behandelt zu werden.

Ueber

„Genua und die internationale Arbeiterklasse“

sprach, wie in der gestrigen Ausgabe bereits kurz berichtet, Genosse Crispian. Er führte etwa aus:

Die Konferenz in Genua kann nur im Zusammenhang mit den weltpolitischen Fragen überhaupt betrachtet werden. Dabei dürfen wir uns nicht täuschen lassen durch die Begleitmusik der bürgerlichen Presse. Denn diese Begleitmusik ist Stimmungsmache. Leider beherrscht die bürgerliche Presse das Feld, weil noch kein internationales Informationsbüro der Arbeiterpresse zustandegewonnen ist. Und in der Nacht der Presse steht es, die Völker zu trennen und zu binden“, schrieb dieser Tage der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ aus Genua. „Seit dem Arlene hat sie leider von der Macht, sie zu versöhnen, so gut wie keinen Gebrauch gemacht.“ Auch nicht in ihrer Berichterstattung über Genua.

„Was kümmert uns Genua?“

Hört man sagen, Als Proletariat haben wir von Genua wenig Gutes zu erwarten, aber vieles zu befürchten. In Europa gibt es noch viele ungelöste Fragen, meinte Lloyd George. Und diese ungelösten Fragen können, angesichts der kriegerischen Tendenzen in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt leicht zu Komplikationen führen. Gewiß fördert die kapitalistische Gesellschaft zurück vor den Gefahren, die in der vollendeten Kriegsepoche und in der Ausdehnung des Krieges (Luftangriffen mit Giftgasen usw.) auf der Zivilbevölkerung liegen, und vor sozialen Erhebungen infolge des Krieges, aber andererseits winken auch bei einem Krieg die kapitalistischen Profite und der weitere Umstand, daß dem Proletariat der Militarismus in seiner ganzen Stärke entgegengefahren werden kann. Diesen Kriegstendenzen müssen wir

die Ideologie des Friedens

entgegenstellen. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen dem bürgerlichen Pazifismus, der uovisch ist, und unserem auf der internationalen Solidarität der Arbeiter beruhenden Willen zum Frieden.

Das Geplänzel der Staatsmänner, das sich in Genua abspielt, erklärt nicht die tiefen Gründe und Gegensätze. Die große Arbeitslosigkeit, die Aufwendungen für die Arbeitslosen, der Produktionsausfall usw. beunruhigen die Kapitalisten. England ist Handels- und Industriestaat und braucht Absatzgebiete, wie es auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen ist. Darum ist es für den Aufbau Deutschlands und Rußlands, Frankreich ist nicht im gleichen Maße Handels- und Industriestaat. Als Industriestaat ist es England und Deutschland unterlegen. Durch einen ausgeprägten Militarismus will es sich eine Vorherrschaft in Europa sichern. Und die Vereinigten Staaten wollen für ihr angesammeltes Kapital ebenfalls ein Betätigungsfeld. Deshalb ein Interesse am Wiederaufbau Europas. Deutschland befindet sich in ähnlicher Situation wie Japan. Beide weisen eine große Bevölkerungsdichtigkeit auf, haben eine stark entwickelte Industrie, sind aber durch Holzschrauben gehalten, und können andererseits aus Gründen, die der Referent im Einzelnen ausführt, keine Menschen ausführen.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Wichtigste Übersetzung von W. G. Gorki. Amerikanisches Copyright 1918 by D. Appleton & Co., Berlin.

(70. Fortsetzung.)

Ein leichtes, spöttisches Lachen folgt seinen Worten. Wenn ich ihn zuweilen so anschau, ist mir, als stürzte ich in eine gähnende, dunkle Tiefe.

„Alle Menschen heiraten doch, Jakow — warum hast du es nicht getan?“ fragte ich ihn.

„Was soll mir das Heiraten? Ein Weib bekommt ich immer, das ist, Gott sei Dank, sehr einfach. . . Hätt' ich geheiratet, so wär' ich an einen Ort gebunden gewesen, hätte den Acker bebauen müssen. Ich hatte nur wenig Land, und es taugte nicht viel, da hab' ich es an einen Onkel abgegeben. Die mein jüngerer Bruder von den Soldaten zurückkehrte, bekam er Streit mit dem Onkel — sie gingen vor Gericht, und das Ende von Liebe war, daß mein Bruder den Onkel mit einem Pfahl über den Schädel schlug. Blut hat er vergossen! Dafür kam er ins Gefängnis, auf anderthalb Jahre, und wie er erst einmal drauß gewesen war, fand er bald zum zweitenmal den Weg hin. Und ein so liebes, junges Fräulein hatte er — leid kann's einem tun. . .“

„Bistest du denn auch, Jakow?“ fragte ich einmal den Heizer.

„Gewiß bete ich. . . Sonderling du!“

„Wie batest du?“

„Wie's kommt, mal so und mal so.“

„Welche Gebete sagst du her?“

„Gar keine. Ich kann überhaupt keine Gebete auswendig, sondern sage einfach: Herr Jesus, erbarm' dich meiner im Leben und sei mir gnädig nach dem Tode, bewahr' mich, o Herr, vor Krankheit. . . Und noch so einiges in der Art. . .“

„Was denn?“

„Na, was es auch sein mag, es erreicht ihn schon!“

Er behandelte mich freundlich, mit einer gewissen Neugier — wie einen gefehrigen jungen Hund, der allerdings späßige Kunststücke machen kann. Manchmal sah ich des Nachts mit ihm zusammen auf, ein Duft von Erdbil, Rauch und Zwiebel — er war ein leidenschaftlicher Zigarettenraucher und sah diese Frucht roh wie Äpfel

Diese Gegensätze spielen in Genua die Hauptrolle, während der „Gottesfriede“ und die Menschheitsfragen nebensächlicher Natur sind. Was

Rußlands Stellung in Genua

betrifft, so ist es gegenüber den kapitalistischen Staaten zu Zugeständnissen bereit. Es will die alten Schulden anerkennen — Zahlen steht allerdings auf einem anderen Blatt —, will Konzessionen erteilen, nur das Eigentumsrecht will es nicht garantieren. Dies geschieht indessen nicht des Kommunismus wegen: Der kommunistische Volkswirtschaftler Barga sah dies trefflich in die Parole der russischen Bauern zusammen: „Es leben die Bolschewiken, nieder mit den Kommunisten!“ Das heißt, die russischen Bauern sind für die Bolschewiken, weil sie ihnen Land gaben, sie sind aber gegen die Kommunisten und den Kommunismus, weil sie davon eine Enteignung befürchten.

Neben dieser Eigentumsfrage, die die Konferenz an sich droht, spielt das

Petroleum eine Hauptrolle.

Rußland ist neben Amerika das hauptsächlichste Petroleumland, und Petroleum wird infolge der immer größeren Verwendung der Dieselmotoren und der steigenden Delbetzung im Schiffsverkehr vielleicht bald der wichtigste Rohstoff sein. Wer die Petroleumproduktion beherrscht, hat eine ungeheure Macht. Radel sagte es ganz offen auf der Berliner Konferenz: Georgien wurde von uns (den Bolschewiken) in Besitz genommen des Petroleums wegen. Nun kam die Kunde, daß Rußland mit einer holländisch-englischen Petroleumgesellschaft einen Vertrag abgeschlossen hat. Darob Proteste, die England abweist. Andererseits wird die Haltung der 2. Internationale wesentlich dadurch bestimmt, daß die alte rechtssozialistische georgische Regierung Verhandlungen wegen der dortigen Petroleumquellen angebahnt hatte.

In der kapitalistischen Presse Deutschlands hat der Abschluß des

deutsch-russischen Vertrages

große Befriedigung ausgelöst. Er wurde als die erste deutsche Tat nach dem Arlene gepriesen. Als die USPD, im Vorjahr die Annahme wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland forderte, waren unsere Nationalisten dagegen, angeblich, weil der Ribbap-Mord ungeklärt und weil solche Beziehungen gleichbedeutend mit der Anerkennung des Bolschewismus seien. Heute sind Nationalisten und Kommunisten für den Vertrag. Es gibt nur wenige kritische Stimmen in Deutschland. Auch die USPD kann nicht kritiklos zustimmen. — Der Vertrag ist abgeschlossen zu einer Zeit und unter Umständen, die eine Drohung bedeuten gegenüber der Entente. Nun erklärt die deutsche Regierung, sie hätte wegen der Verhandlungen Rußlands mit der Entente schnell den Vertrag abschließen müssen. Das ist aber falsch. Deutschland konnte vorher abschließen oder nachher, aber in Genua brauchte es ihn nicht abzuschließen. Darüber wird die Regierung Rede und Antwort stehen müssen. In Frankreich hat der Vertragsabschluß sehr ungünstig gewirkt. Und Trotskis Rede am 1. Mai, in der er nach Art des ehemaligen Kaiser Wilhelm von dem

Scharfgeschnittenen Schwert der Roten Armee

spricht und beifällig, gestützt auf den deutsch-russischen Vertrag wird die Rote Armee jeden Angriff zurückweisen. Das Echo auf diese Rede lautete in Frankreich: Nunmehr kann Frankreich nicht abräumen. Radel tat ein Abzusehen, indem er am 28. April vor den kommunistischen Funktionären in Berlin erklärte: Deutschland ist reif für den Bolschewismus. Und der kommunistische Landtagsabgeordnete Schula (Neukölln) deutete den Vertrag dahin: Mit der Entente werden wir Kommunisten fertig.

Zum Schluß behandelte Gen. Crispian die in Genua zur Erörterung kommenden Finanzprobleme, die

Vorschläge zur Stabilisierung der Mark und die Vorschläge der Sozialisierungs-Kommission. Notwendig ist eine vollkommene Wirtschaftsreform im Sinne der Sozialisierung. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem Gen. Rosenfeld noch kurz die bereits gestern veröffentlichte Resolution gegen die Ausweisungsdrohung begründet und Gen. Wirth die Treibereien der Nationalisten gebührend gekennzeichnet, schloß Gen. Koch mit einem Appell an eifriger Arbeit für die Partei und für die Parteiorde.

Nur für Parteigenossen!

Ein „Kur-Artikel“

Von Otto Beckerle

Der Artikel unseres Kollegen Künstler in der „Freiheit“ vom 6. Mai veranlaßt mich, einige Worte zum Ausbau unserer Organisation zu sagen:

Die alten Berliner Jahlabende haben viel dazu beigetragen, unsere alte Partei auf eine erfreuliche Höhe zu bringen und unserer Arbeiterpresse eine ansehnliche Zahl Mitglieder zu verschaffen. Gerade heute, wo die Abschaffung der Jahlabende droht, denke ich an jene uns liebge gewordenen Zusammenkünfte und an die kurzen, aber trefflichen Ausführungen, die uns unsere alten Genossen, deren manchen leider schon der Nasen deckt, gegeben haben. In jenen Jahlabenden erhielten wir die Taufe als Sozialisten, und jene Worte und Lehren wirkten auf uns heute noch nach, besser als stundenlang Paradereden. Es ist uns schon lange bekannt, daß unsere Genossen an führender Stelle diesen Jahlabenden nicht freundlich gegenüberstehen. Ich will mich besser ausdrücken: sie wollen modernisieren bezw. reorganisieren.

Unter Jahlabendgruppen verstehe ich Gruppen, die wenigstens 20 Mann stark sind. Bei geringerer Zahl halte ich eine Zusammenlegung allerdings für das Richtige (wie es ja auch zum Teil heute schon besteht). Wie können wir solchen Gruppenabend besser gestalten? Ich fange an einer anderen Stelle an als Genosse Künstler. Die Distriktskonferenz muß umgestellt werden! Wir als Gruppenführer verlangen einen kurzen, aber richtigen Vorstandsbericht. Der ist meist in einer Stunde gut zu erledigen. Wir erhalten — wie früher — als Bezirksführer den Bericht vom Abteilungs-führer und kommen dann in der Konferenz evtl. schon mit sehr kurzen Bemerkungen aus. Nur muß aber in dieser Konferenz den Jahlabendleitern etwas geboten werden auf wirklich sozialistischem oder wirtschaftlichem Gebiete. Kräfte sind in jedem Distrikt genug vorhanden, aber leider schwänzen jene Genossen häufig. Gründe will ich nicht anführen. Und sind sie ort, dann bekommt das Wort „Phrasologie“, wie Künstler sich ausdrückt, den Höhepunkt. Ich lasse noch einmal zusammen: Einstündigen Vortrag, eine Stunde Diskussion. Zum Glück ist ja ein großer Teil unserer Bezirksführer in der Lage, den Jahlabend anregend zu gestalten.

Sehen wir uns als Praktiker die Vorschläge des Genossen Künstler an: Distriktsversammlung! Ich darf mich schließlich auch als eifriger Versammlungsbesucher einschätzen. Aber ich komme zu der Ueberzeugung, daß alle die Genossen, die zum Jahlabend erscheinen, niemals in der Distriktsversammlung sind. Nun wird man sagen: Sobald der Jahlabend nicht mehr ist, dann wird die Distriktsversammlung besser besucht sein. Wenn man mit derartigen Argumenten kommt, dann allerdings versteht man nicht

— frömte von ihm aus. Und plötzlich forderte er mich auf:

„Na, Oljoha“, kleiner Stift, sag' mal 'nen Vers auf!“

Ich kannte viele Verse auswendig und hatte außerdem ein dickes Heft, in das ich alles eintrug, was mir von Gedächtnis fiel. Ich lese ihm den „Rufan“ vor, er hört, ohne mit der Wimper zu zucken, stumm und blind zugleich zu, hält förmlich den Atem dabei an und sagt dann leise:

„Ein hübsches, unterhaltsames Märchen! Hat er das selbst ausgedacht, der Puschkin? Es gibt einen Herrn Muchin-Puschkin“, den hab' ich gekannt. . .“

„Das ist er nicht — den andern hat man schon vor langer Zeit getötet. . .“

„Warum?“

Ich erzähle ihm von Puschkins Tode das wenige, was mir Königin Margot erzählt hat. Er hört zu und sagt dann ruhig:

„Ja, wegen eines Weibes ist schon manch einer umgekommen. . .“

Häufig erzähle ich ihm alle die mannigfachen Geschichten, die ich aus den Büchern herausgelesen habe; sie sind in meinem Kopfe zu einer einzigen, endlos langen Geschichte zusammengewachsen, voll unruhigen, bunten, leidenschaftsbewegten Lebens, reich an tollkühnen Unternehmungen, an purpurrotem Edelmut, an märchenhaften Erfolgen, Zweikämpfen und Sterbeszenen, an hochherzigen Reden und gemeinen Schurkenstreichen. Rocamboldo nahm bei mir die ritterlichen Züge Lamolles oder Annibal Coconnes an, Ludwig IX. die Gestalt Vater Grandets. Der Koronet Otlestajew stieß mit Heinrich IV. in eins zusammen. Diese Geschichte, in der ich ganz nach Willkür die Charaktere der Menschen änderte und die Ereignisse umgruppierete, bildete meine besondere Welt, in der ich mich frei betätigte, wie der Gott meines Großvaters, der gleichfalls in den Dingen nach Herzenslust schaltete. Ohne mich daran zu hindern, die Wirklichkeit so zu sehen, wie sie war, und die lebendigen Menschen um mich herum

in ihrem inneren Wesen zu erkennen, umgab mich dieses Chaos zusammengelesener Eindrücke mit einem zugleich durchsichtigen und trennenden Wolfenkleid, der mir ein Schutz ward gegen so manche böse Anstreckung und manches schlimme Gift des Lebens.

Die Bücher machten mich für vielerlei Uebel unempfindlich. Mein Wissen von der Liebe und ihren Leiden hielt mich davon ab, in den öffentlichen Säulern die wohlfeile Lust zu suchen, die dort für jedermann dargeboten wurde; ich empfand einen Abscheu davor und bedauerte die Leute, die darin einen Genuß fanden. Rocamboldo lehrte mich standhaft sein und der Nacht äußerer Umstände widerstehen, und die Helben von Dumas machten in mir den Wunsch lebendig, meine Kraft irgendeiner großen, wichtigen Lebensaufgabe zu weihen. Mein Lieblingsheld war der heitere König Heinrich IV. — auf ihn bezog ich Berangers prächtige Zeilen:

„Er tat den Bauern manches Gute
Und liebt auch selbst 'nen guten Wein —
Ist einem Volke wohl zumute,
Soll' fröhlich nicht sein König sein?“

Die Romane schilderten Heinrich IV. als einen guten Menschen, der es mit seinem Volke hielt; er war für mich die strahlende Sonne, die nach meiner Ueberzeugung Frankreich zum schönsten Lande der Welt machte, zum Lande der Ritter, gleich edel im Mantel des Königs wie im Wams des Bauern. Ange Pitou war für mich ebenso gut ein Ritter wie d'Aragnac. Heinrichs Ermordung entlodete mir bittere Tränen, und ich knirschte mit den Zähnen vor Wut und Entrüstung über seinen Mörder Ravallac. Dieser König war fast ausnahmslos mein Held, wenn ich dem Heizer eine Geschichte erzählte, und ich glaube, daß auch er Frankreich und seinen „Genrik“ liebte.

„Mus ein guter Mensch gewesen sein, dieser König Genrik“, sagte er, „mit dem konnte man Pferde stehlen gehen.“

Er unterbrach mich weder durch begeisterte Zwischenrufe noch durch Fragen, sondern hörte schweigend, mit gefenkten Brauen und unbeweglichem Gesichte zu — unbeweglich wie ein alter, moosbedeckter Stein. Hielt ich aus irgendeinem Grunde inne, so sagte er:

„Ist's aus?“ (Fortsetzung folgt.)

*) Reform von Klegel.
**) Der richtige Name heißt Ruffin-Puschkin.

